

Pressemeldung

verantwortlich: Thomas Breustedt
Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 884 - 20 61
Telefax: 0211 / 884 - 22 32
spd-presse@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.landtag.nrw.de



28. August 2007

Norbert Römer: Bau der CO-Pipeline vorerst aussetzen bis die Landesregierung offene Fragen geklärt hat

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in ihrer heutigen Sitzung (am 28. August 2007) auch mit der in der Bevölkerung umstrittenen CO-Pipeline von Dormagen nach Krefeld-Uerdingen befasst. "Die SPD steht zum Industrieland Nordrhein-Westfalen. Doch industrielle Großprojekte müssen auf der Basis eines Dialogs auch mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land erfolgen. Im Falle der CO-Pipeline hat die Landesregierung hier auf ganzer Linie versagt, in dem sie eine konstruktive Diskussion verweigert. Die SPD-Fraktion hat eine Reihe von Fragen beschlossen, die jetzt zufriedenstellend beantwortet werden müssen. Ohne belastbare Antworten kann keine Betriebsgenehmigung erteilt werden. Bis die Antworten gegeben sind, sollte der weitere Ausbau vorerst gestoppt werden", erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Römer, heute in Düsseldorf.

Als Anhang erhalten Sie den heutigen Beschluss der SPD-Fraktion im Wortlaut:



CO-Pipeline

Ja zum Industrieland NRW

Die SPD hat in 39 Jahren den Rahmen dafür gesetzt, NRW zu einem leistungsfähigen Industrieland aufzubauen. Der Dialog mit Unternehmen, Bürgern und Gewerkschaften war und ist unsere Basis für verantwortliche Politik im Dienste der Menschen. Dabei hat sich die SPD in ganz besonderer Weise für die Chemieregion Duisburg, Dormagen und Krefeld eingesetzt. Unser langjähriges Engagement hat für zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region gesorgt.

Offene Fragen müssen beantwortet werden

Der Landtag hat den erforderlichen rechtlichen Rahmen für die Pipelinetrasse mit den Stimmen aller Fraktionen geschaffen. Nach der Entscheidung des Landtages waren und sind viele wichtige Einzelfragen noch zu klären. Zum Zeitpunkt der Entscheidung des Landtages war ein ganzes Bündel von Pipelines geplant, nur zwei sind übrig geblieben (Bayer-Pipelines und 17 km für WinGas).

Es ist Aufgabe von Landesregierung und Unternehmen, alle wichtigen Einzelfragen zu beantworten, die mit Bau und Betrieb einer Pipeline verbunden sind. Hierbei geht es um die berechtigten Sorgen und Ängste von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern entlang der Trasse. Dies gilt umso mehr, wenn ein hochgiftiger Stoff wie Kohlenmonoxid (CO) transportiert werden soll.

In verschiedenen Gesprächen mit dem Unternehmen, im Ausschuss und mit Vertretern der betroffenen Stadträte wurden wichtige Fragen nicht beantwortet:

- Liegen ein Sicherheitskonzept und Katastrophenschutzpläne vor?
- Sind die lokalen Feuerwehren auf potenzielle Schadensfälle eingerichtet?
- Kann die Trasse nach dem Wegfall der Propylen-Pipeline so geführt werden, dass sie nicht so nah an der Wohnbebauung verläuft?
- Wie begründet ist bei so wenigen Nutznießern noch eine Gemeinwohlorientierung, die die Enteignung rechtfertigt?
- Ist es nach Entfall der Polypropylen-Pipeline nicht sinnvoller, gefährliche Transporte so weit wie möglich zu vermeiden und das Kohlenmonoxid am Entstehungsort Dormagen weiterzuverarbeiten?



Ja zum Dialog für die beste Lösung

Die SPD Fraktion ist davon überzeugt, dass ohne eine belastbare Antwort auf diese Fragen keine Betriebsgenehmigung erteilt werden kann. Solange weiter gebaut und gebaggert wird, ohne dass schlüssige Sicherheitskonzepte vorliegen, wächst auch der Widerstand gegen die Pipeline.

Wir wissen aus Erfahrung: Großprojekte müssen im Dialog mit den Menschen vor Ort umgesetzt werden, nicht gegen sie. Die Landesregierung versagt hier auf ganzer Linie. Sie kneift vor den Sorgen und Ängsten der Bürgerinnen und Bürger und verweigert eine konstruktive Diskussion.

Über die Rechtsfrage der Gemeinwohlorientierung kann nur ein Gericht entscheiden. Alle anderen Fragen müssen aber jetzt beantwortet werden.

Weitere Entscheidungen des Landtages stehen nicht an. Jetzt sind Landesregierung und Unternehmen gefordert:

- Minister Uhlenberg muss endlich dafür sorgen, dass in den Verfahren nach Recht und Gesetz alle Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung genutzt und nicht blockiert werden. Der Staat hat die Pflicht, die Bürger zu schützen.
- Das Unternehmen muss in einer öffentlichen Anhörung im Landtag Rede und Antwort stehen.
- Der Bau sollte ausgesetzt werden, bis richtungweisende gerichtliche Entscheidungen gefallen sind und die offenen Fragen beantwortet wurden. Dies würde das Bemühen um einen ernsthaften Dialog dokumentieren.



Chronologie:

15.12.2005

Vorlage des Gesetzes über die Errichtung und den Betrieb einer Rohrleitung zwischen Dormagen und Krefeld-Uerdingen durch die CDU/FDP Landesregierung (Drs. 14/909)

18.1.2006

Erste Lesung des Gesetzes; ohne Debatte im Plenum

8.2.2006

Einstimmige Verabschiedung des Gesetzes ohne Debatte im Wirtschafts-Ausschuss.

15.3.2006

Einstimmige Verabschiedung des Gesetzes ohne Debatte im Parlament.

24.6.2007

Erste Diskussion des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Gefahren durch Bayer-Kohlenmonoxid-Pipeline berücksichtigen - Sofortvollzug aufheben - Enteignungsgesetz überprüfen", Drs. 14/4475) im Plenum und Pressearbeit; Klare Positionierung der SPD

(Sorgen der Menschen ernst nehmen; Trassenführung und Enteignungsregelungen überprüfen, Katastrophenpläne vorlegen);

15.8.2007

Diskussion im Umweltausschuss; Klare Positionierung der SPD mit obigen Punkten. Zusätzlich angestoßen, dass der Umweltausschuss gemeinsam mit der Landesregierung Dialogprozess mit Veranstaltung im Landtag beginnt;

22.8.2007

Obleutegespräch, in dem deutlich gemacht wurde, dass das Engagement der Landesregierung nicht reicht. Einberufung eines weiteren Obleutegesprächs mit ausdrücklicher schriftlicher Einladung durch den Ausschuss an die Landesregierung.

24.8.2007

Weiteres Obleutegespräch, zu dem die Landesregierung nicht erschienen ist. Beantragung einer Anhörung durch die SPD.



24.8.2007

Gespräch der Landtagsfraktion auf Einladung der umweltpolitischen Sprecherin mit kommunalen SPD Vertreterinnen und Vertretern aus Kreis Mettmann, Stadt Monheim, Stadt Erkrath, Stadt Solingen, Duisburg, Hilden.

Zusammenführung von Informationen und Absprache einer gemeinsamen Positionsbestimmung.